



1 **JUNGES WAHLPROGRAMM DER JU RLP 2026**

2 Unser Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch einzigartige Landschaften, Städten
3 mit großer Geschichte und Menschen voller Lebensfreude aus. Nach der
4 Gründung des Landes Mitte des letzten Jahrhunderts sind Rheinländer, Pfälzer,
5 Rheinhessen, Hunsrücker und Eifler zusammengewachsen und haben an vielen
6 Stellen gemeinsam Erfolgsgeschichten geschrieben. Den Grundstein dafür legten
7 Regierungen unter Führung der CDU. In der Folge konnten in Rheinland-Pfalz
8 leistungsfähige Industriezentren, Forschungseinrichtungen mit Weltrang und
9 eine immense landwirtschaftliche Wertschöpfung entstehen. Seit einigen Jahren
10 ist wahrzunehmen, dass Rheinland-Pfalz jedoch in einer Negativdynamik
11 gefangen ist.

12 Die Landespolitik hat in den letzten Jahrzehnten viele Skandale erlebt:
13 Schlosshotel Bad Bergzabern, Flughafen Hahn und Nürburgring, bei dem sogar
14 ehemalige Minister strafrechtlich verurteilt wurden. Statt das Land
15 voranzubringen, hat sich die Regierung unentwegt damit beschäftigt,
16 Schadensbegrenzung zu betreiben. Die eigentliche Arbeit der Regierung blieb auf
17 der Strecke.

18 Die Landesregierung versagt darin ausreichend Ärzte auszubilden, und das jetzt
19 schon seit Jahrzehnten. Den völlig unterfinanzierten Kommunen mutet sie
20 immer mehr Aufgaben und immer höhere Standards zu. Auch im

21 Bildungsbereich bleibt ein entschlossenes Handeln aus. Die Regierung schaut
22 fast regungslos zu, wie immer mehr Grundschüler nicht versetzt werden.

23 Das sind nur einige Beispiele einer Mainzer Politik, die die Probleme im Land
24 schon lange nicht mehr sieht oder ihre Augen bewusst vor den Problemen
25 verschließt.

26 Rheinland-Pfalz kann mehr – mit einer Regierung, die ihr Amt nicht mehr nur als
27 Selbstzweck versteht. Als junge Christdemokraten wollen wir gemeinsam mit der
28 CDU auch in Rheinland-Pfalz den Politikwechsel einläuten. Als
29 Jugendorganisation haben wir vor allem einen Blick darauf geworfen, wie wir
30 unser Land für unsere Generation zukunftsfähig gestalten können. Deshalb
31 haben wir 35 Punkte zusammengetragen, um die Probleme nach 35 Jahren SPD-
32 geführter Landesregierung abzarbeiten und aufzulösen. Damit wollen wir im
33 nächsten Jahr beginnen und unser Land endlich wieder entschlossen
34 voranbringen.

35 Dafür gilt es nun die Ärmel hochzukrempeln. Wir sind bereit anzupacken. Wir
36 haben mit Gordon Schnieder den richtigen Mann für die Führung unseres
37 Landes. Gemeinsam mit ihm möchten wir nächstes Jahr in die Regierung und
38 Staatskanzlei in der Peter-Altmeier-Allee Nummer 1 einzuziehen. **Wir sind**
39 **Bereit für Altmeier No1!**

40 **Unsere 35 Forderungen:**

41 **1. Verbindliche Schullaufbahneempfehlung wieder einführen**

42 Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung war ein
43 schwerwiegender bildungspolitischer Fehler. Kinder lernen unterschiedlich – je
44 nach Tempo, Interesse und Begabung. In einem differenzierten Schulsystem ist
45 Überforderung eine reale Gefahr. Eine klare Empfehlung hilft, Talente gezielt zu

46 fördern, Chancengerechtigkeit zu erhöhen und Kinder nicht zu überfordern. Die
47 fundierte Einschätzung von Grundschullehrkräften, die ihre Schülerinnen und
48 Schüler über Jahre hinweg begleiten, darf nicht durch subjektive Wünsche der
49 Eltern ersetzt werden. Um die Empfehlung der Lehrer zu ergänzen und weiter zu
50 objektivieren, soll ein standardisierter Leistungstest in der vierten Klasse
51 durchgeführt werden.

52 Wir setzen uns für die Rückkehr zur verbindlichen Schullaufbahneempfehlung ein
53 – mit einem ergänzenden Potentialtest nach dem Vorbild Baden-Württembergs.

54 **2. Flächendeckend G9-Gymnasien schaffen**

55 Rheinland-Pfalz geht mit seinem sogenannten „G8,5“-Modell einen
56 bundesweiten Sonderweg: Das Abitur wird nach nur achteinhalb Jahren abgelegt
57 – zulasten von Schülern und Lehrkräften. Dieses Provisorium sorgt für unnötigen
58 Druck, erschwert Vergleichbarkeit und verhindert echte Wahlfreiheit. Fast alle
59 anderen Bundesländer sind längst zu einem regulären neunjährigen Gymnasium
60 zurückgekehrt.

61 Deshalb fordern wir die flächendeckende Einführung vollwertiger G9-
62 Gymnasien als Regelangebot in Rheinland-Pfalz – für mehr
63 Bildungsgerechtigkeit und Entlastung.

64 **3. Verpflichtende Schwimmkurse in der Grundschule**

65 Immer mehr Kinder in Rheinland-Pfalz können nicht sicher schwimmen – mit
66 teils lebensgefährlichen Konsequenzen. Die Pandemie hat diese Entwicklung
67 weiter verschärft, vielerorts fehlen Schwimmkurse oder Bäder. Besonders
68 betroffen sind Kinder aus einkommensschwachen Familien. Dabei ist

69 Schwimmen eine grundlegende Lebenskompetenz und darf nicht vom
70 Geldbeutel abhängen.

71 Deshalb fordern wir verpflichtende Schwimmkurse spätestens in der 3. oder 4.
72 Klasse – mit dem Ziel, das Seepferdchen oder eine vergleichbare Qualifikation zu
73 erlangen. Das Land muss hierzu eng mit Schulen, Kommunen und Vereinen
74 zusammenarbeiten und im Rahmen der Konnexität die Mittel bereitstellen.

75 Dazu gehört auch, dass (gerade im ländlichen Raum) ausreichend finanzielle
76 Mittel für den Bau, die Sanierung und den Erhalt von Schwimmbädern zur
77 Verfügung gestellt werden.

78 **4. Digitale Klarheit im Klassenzimmer – Handynutzung einheitlich regeln**

79 Smartphones gehören zum Alltag junger Menschen, doch im schulischen Umfeld
80 führen sie häufig zu Ablenkung, Leistungsabfall und Cybermobbing. Die Schulen
81 sind bei der Regulierung auf sich allein gestellt und entwickeln uneinheitliche
82 Lösungen. Wir fordern eine landesweit einheitliche Regelung, die die private
83 Handynutzung während der Unterrichtszeit verbietet und damit
84 Rechtsverbindlichkeit schafft.

85 Schulen müssen geschützte Orte bleiben, an denen sich Kinder und Jugendliche
86 konzentriert entwickeln und lernen können. Gleichzeitig soll der gezielte Einsatz
87 digitaler Geräte im Unterricht ausdrücklich erlaubt sein, um Medienkompetenz
88 sinnvoll zu fördern. An weiterführenden Schulen können räumliche
89 Sonderlösungen, wie ausgewiesene Handyzonen oder digitale Schließfächer,
90 eingeführt werden.

91 Doch klar ist auch: Digitale Bildung ist vor allem eine pädagogische Aufgabe und
92 muss fächerübergreifend im Unterricht verankert werden. Der reflektierte
93 Umgang mit digitalen Medien und Künstlicher Intelligenz gehört in alle Fächer –

94 etwa durch Quellenkritik im Deutschunterricht, die Auseinandersetzung mit
95 Algorithmen und Filterblasen in den Gesellschaftswissenschaften oder
96 datenbasiertes Denken im Mathematikunterricht. Entsprechende Regelungen
97 sollen auch für private Endgeräte oder Tablets, die im Unterricht genutzt werden
98 können, geprüft werden, um Ablenkungen zu vermeiden.

99 **5. Berufliche Bildung auf die 1**

100 Berufliche Bildung bietet individuelle Karrierewege und Förderungen, die sie zu
101 mehr als einer Alternative zu Gymnasium und Hochschule machen. Wir fordern
102 Berufsorientierung und Information für Schüler und Eltern massiv auszubauen,
103 Pflichtpraktika in der Sekundarstufe 1 einzuführen, Wege und Abschlüsse der
104 beruflichen Bildung übersichtlicher zu machen, Schulgelder restlos
105 abzuschaffen und Ausbildungsvergütungen flächendeckend einzuführen. Die
106 erste Kammerweiterbildung, wie etwa der Meister, soll kostenfrei werden.

107 **6. Planstellen für Lehrer erhöhen und Lehrerberuf attraktiver machen**

108 Die rheinland-pfälzische Landesregierung rühmt sich alljährlich damit, dass alle
109 Planstellen für Lehrer besetzt werden können. In der Schulrealität fällt aber
110 alltäglich Unterricht aus oder muss fachfremd vertreten werden, da ein akuter
111 Mangel an Fachlehrern existiert. Insbesondere an Grundschulen ist die Situation
112 fatal. Daher fordern wir die Zahl der Planstellen an den realen Bedarf der
113 Schulen anzupassen und damit deutlich zu erhöhen. Ausfälle durch Krankheit
114 oder Fortbildungen müssen in den Bedarfen berücksichtigt werden.

115 Gleichzeitig ist es wichtig, dass wir unseren Lehrkräften die notwendige
116 Wertschätzung entgegenbringen. Abseits der Fachschafts- und Schulbudgets

117 schaffen viele engagierte Lehrer auf eigene Kosten Unterrichtsmaterialien an,
118 um den Schülern einen modernen und lehrreichen Unterricht zu ermöglichen. In
119 anderen Behörden oder der Wirtschaft wäre dies undenkbar. Daher sollen Lehrer
120 künftig über ein eigenes Budget von 250 Euro pro Jahr verfügen.

121 Darüber hinaus soll die Eingangsbesoldung für Grundschullehrer auf A13
122 angehoben werden. Grundschullehrer werden zu Unrecht schlechter gestellt als
123 ihre Kollegen an weiterführenden Schulen, obwohl Ausbildung und
124 Arbeitspensum vergleichbar sind.

125 **7. Erwerb der deutschen Sprache ist Recht und Pflicht**

126 Die sichere Beherrschung der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für
127 gesellschaftliche Teilhabe und einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben.
128 Deshalb muss unser Bildungssystem sicherstellen, dass alle Schüler Deutsch in
129 Wort und Schrift so beherrschen, dass sie es im Alltag und Beruf sicher anwenden
130 können. Wir setzen uns dafür ein, Sprachförderung konsequent auszubauen und
131 als festen Bestandteil aller primär qualifizierenden Bildungseinrichtungen zu
132 verankern. So soll geprüft werden, ob das verpflichtende Kita-Jahr zu einem
133 echten Vorschul-Förderjahr mit Schwerpunkt auf Schul- und
134 Sprachvorbereitung ausgebaut werden kann. Darüber hinaus soll im Bedarfsfall
135 an bis zu drei logistisch zentral gelegenen Schulen je Schulträger ein
136 Fördermodell umgesetzt werden, das betroffenen Schülern ermöglicht, für ein
137 Jahr aus der regulären Jahrgangsstufe auszusteigen und sich ausschließlich auf
138 intensiven Deutschunterricht sowie Basisunterricht in wichtigen Fächern zu
139 konzentrieren.

140 Nur durch eine verlässliche, strukturell verankerte und bedarfsgerechte
141 Sprachförderung schaffen wir die Grundlage für gelingende Integration und

142 echte Teilhabe. Darüber hinaus gilt insbesondere im Bereich der
143 Integrationsleistung von Migranten mit Bleibeperspektive der Spracherwerb als
144 Schlüssel zur Integration. Gute Sprachförderung darf dabei keine freiwillige
145 Leistung sein, die vom Engagement einzelner Kommunen abhängt, sondern
146 muss als staatliche Pflicht strukturell abgesichert werden. Das Land muss
147 Kommunen hierfür langfristig mit ausreichenden finanziellen Mitteln und
148 personellen Ressourcen ausstatten.

149 **8. Sport gezielt als Bildungsvermittler stärken**

150 Wir sehen im Breiten- und Spitzensport einen zentralen Vermittler für Bildung
151 und das Sozialleben. Deshalb wollen wir Sport schon in der frühkindlichen
152 Bildung verankern und entsprechende Angebote schaffen. Wir sind überzeugt:
153 Sport fördert kognitive Fähigkeiten, trägt zu einem aktiven Sozialleben bei und
154 befähigt zur Leistungsbereitschaft für das ganze Leben. Dazu braucht es
155 Konzepte, in denen Sport und Bildung „zusammengedacht“ werden. An
156 Ganztagschulen wollen wir einen doppelten Sportanteil implementieren, um
157 den Schülern mehr Bewegung und sportliche Förderung über lange Schultage
158 hinweg zu ermöglichen. Dies stärkt Zusammenhalt und auch die Gesundheit
159 unserer jungen Generation. Gemeinsam mit dem organisierten Vereinswesen in
160 Rheinland-Pfalz wollen wir uns hierfür einsetzen.

161 **9. Ärzte- und Apothekenversorgung sichern – Zukunft gestalten**

162 Die ambulante Versorgung in Rheinland-Pfalz steht vor strukturellen
163 Herausforderungen: Bereits heute sind rund 40 % der Hausärzte über 60 Jahre
164 alt. In den nächsten fünf Jahren drohen bis zu 50 % der Hausarztsitze im
165 ländlichen Raum unbesetzt zu bleiben. Wir brauchen daher eine deutliche

166 Erhöhung der Medizinstudienplätze. Dafür fordern wir die zwingende
167 Einrichtung einer zweiten medizinischen Fakultät in Rheinland-Pfalz.

168 Gleichzeitig hat sich die Zahl der Apotheken in Rheinland-Pfalz seit 2010 um
169 mehr als 15 % verringert - der bundesweite Rückgang beträgt rund 20 %. Deshalb
170 ist eine Verdopplung der Pharmazie-Studienkapazitäten im Land dringend
171 geboten. Apotheken wollen wir als niedrigschwellige Gesundheitszentren
172 ausbauen - mit gesetzlichem Auftrag zu Prävention, Arzneimittelberatung und
173 Impfangeboten.

174 Zudem müssen bestehende Angebote digital mit den Patienten vernetzt werden.
175 Bis 2030 sollen alle Arztpraxen und Krankenhäuser an ein digitales
176 Versorgungsnetz angeschlossen sein, das Videosprechstunden und Telemedizin
177 ermöglicht.

178 **10. Pflegekräfte stärken – Mehr Ausbildung, bessere Bedingungen**

179 Als Folge der Demografie ist die Organisation der Pflege für die „Babyboomer“
180 eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Schon heute
181 fehlen bundesweit rund 115.000 Pflegekräfte. Und auch in Rheinland-Pfalz wird
182 der Bedarf noch weiter steigen. Deshalb wollen wir die Zahl der
183 Ausbildungsplätze an Pflegeschulen um mindestens 25 % erhöhen und die
184 Schulen besser digital ausstatten. Zur Fachkräftegewinnung setzen wir auf
185 gezielte Anwerbeprogramme in EU-Staaten und eine beschleunigte
186 Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Darüber hinaus braucht es neben den
187 Pflegeheimen verstärkt Projekte in denen Menschen selbstbestimmt ihren
188 Lebensabend in ihrer Heimat verbringen können.

189 **11. Flächendeckende Verbesserung der Geburtshilfe**

190 Die Versorgung schwangerer Frauen in Rheinland-Pfalz befindet sich in einer
191 kritischen Lage. Insbesondere in ländlichen Regionen gibt es eine zunehmende
192 Knappheit an Gynäkologen, Hebammen und Kliniken mit geburtshilflicher
193 Versorgung. Aktuell sehen sich viele Frauen aufgrund der Unterversorgung
194 gezwungen, lange Wege in Kauf zu nehmen, um eine angemessene Betreuung
195 und Versorgung zu erhalten. Diese Situation gefährdet nicht nur die Gesundheit
196 der werdenden Mütter, sondern auch die der ungeborenen Kinder. Eine
197 flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische und psychologische
198 Begleitung bei allen Fragen rund um Geburt und Schwangerschaft ist essentiell
199 für das Wohl der Mutter und des Kindes.

200 Wir fordern, dass eine Geburtsstation in maximal 30 Minuten erreichbar sein
201 sollte und in 60 Minuten erreichbar sein muss. Ebenfalls fordern wir das
202 Berufsbild der Hebammen auch durch eine bessere Vergütung attraktiver zu
203 gestalten.

204 **12. Das Kulturgut Wein schützen – Winzer entlasten**

205 Rheinland-Pfalz zählt zu den ältesten und bedeutendsten Weinregionen Europas
206 – doch überbordende Bürokratie, innovationsfeindliche Regulierungen und
207 steigende Produktionskosten bedrohen vieler Winzer. Wir setzen uns für den
208 Schutz und die Zukunftsfähigkeit des traditionsreichen Weinanbaus in unserem
209 Land ein.

210 Wir fordern daher den gezielten Abbau bürokratischer Hürden, etwa bei der
211 Zulassung innovativer Technologien wie Drohnen im Pflanzenschutz. Diese
212 ermöglichen einen ressourcenschonenden und präzisen Mitteleinsatz und
213 tragen somit auch zum Umweltschutz bei. Auch in Schutzgebieten muss der
214 fachgerechte und zielgerichtete Pflanzenschutz weiterhin möglich bleiben.

215 Darüber hinaus sprechen wir uns gegen eine Überregulierung bei der
216 Etikettierung von Weinflaschen aus. Übermäßige Pflichtangaben gefährden die
217 gestalterische Freiheit der Winzer und schmälern die kulturelle und ästhetische
218 Wertigkeit des Produkts.

219 **13. Weinregionen stärken – Planwagen-/Fonzelfahrten erleichtern**

220 Seit das Landwirtschaftsministerium 2018 Planwagenfahrten per Erlass deutlich
221 reguliert hat, sind diese nur noch kostenlos oder unter hohen Auflagen möglich.
222 Seit dem letzten Jahr sehen sich immer mehr Kreise gezwungen, verschärfte
223 Regelungen anzuwenden. In unseren zahlreichen Weinregionen sind Fahrten
224 durch die Weinberge mit gleichzeitiger Weinprobe traditionell tief verankert. Sie
225 sind ebenso ein wirtschaftliches Standbein für viele Winzer und können daher
226 nicht kostenlos im Rahmen der „Brauchtumpflege“ angeboten werden. Auf der
227 anderen Seite sind die regulatorischen Vorschriften für viele Winzer zu komplex
228 und teuer. Wir wollen dieses traditionelle gesellige Element in der Fläche
229 erhalten und fordern die Aufhebung des mehr als unnötigen und
230 traditionsverachtenden Erlasses der Landesregierung.

231 **14. Modernes Jagdrecht für eine zeit- und waidgerechte Jagd**

232 Wir stehen fest an der Seite unserer Jäger. Ihr Einsatz für den Erhalt der
233 Kulturlandschaften, den Tierschutz und das ökologische Gleichgewicht verdient
234 politischen Rückhalt statt Gängelung. Immer höhere Abschussquoten, die ganze
235 Wildarten zugunsten des Holzwuchses opfern sollen, lehnen wir entschieden ab.
236 Stattdessen setzen wir uns für ein modernes, praxisgerechtes Jagdrecht ein: Die
237 bisherige Ausnahme soll zur Regel werden – Nachtsichtgeräte,
238 Wärmebildtechnik, Zielbeleuchtungen sowie Laser- und Lichtmodule sollen

239 generell zur Jagdausübung freigegeben werden. Etwaige Einschränkungen sollen
240 nur in enger Abstimmung mit der Jägerschaft und im Sinne einer waidgerechten
241 Jagd erfolgen.

242 **15. Wasser sichern – Landwirtschaft klimaresilient aufstellen**

243 Der Klimawandel bringt zunehmend Trockenperioden und Niedrigwasser mit
244 sich – eine massive Herausforderung für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz.
245 Um die Wasserversorgung langfristig flächendeckend zu sichern, müssen
246 Wassernetze stärker vernetzt und weitere Wasserentnahmestellen geschaffen
247 werden. Um diese enormen Investitionen zu stemmen und auf mehrere
248 Schultern zu verteilen, fordern wir die Gründung von
249 Bewässerungszweckverbänden.

250 Wir fordern, dass Bewässerungszweckverbände gezielt aus den Einnahmen des
251 Wassercentrs gefördert werden. Solche öffentlich-rechtlichen
252 Zusammenschlüsse ermöglichen eine koordinierte, ressourcenschonende und
253 wirtschaftlich tragfähige Feldbewässerung. Sie sind ein zentraler Baustein für
254 klimaresiliente Landwirtschaft.

255 Darüber hinaus wollen wir innovative Bewässerungstechnologien und digitale
256 Steuerungssysteme durch Landesprogramme fördern, um Wasser sparsam und
257 bedarfsgerecht einzusetzen.

258 **16. Digitale Infrastrukturen ausbauen, Innovation fördern**

259 Im Länderindex der Digitalisierung des BITKOM e.V. aus dem Jahr 2024 rangiert
260 Rheinland-Pfalz mit Platz 13 weit am Ende des Vergleichs. Besonders bei den
261 Startup-Gründungen und den Unternehmen in der IT-Branche liegt Rheinland-

262 Pfalz derzeit zurück. Aber auch der Gigabit-Ausbau kommt im Ländervergleich
263 nur unterdurchschnittlich voran.

264 Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur ist allerdings die zwingende
265 Bedingung für die Ansiedlung von Tech-Unternehmen. Breitband und Mobilfunk
266 müssen flächendeckend und lückenlos ausgebaut werden. Gleichzeitig setzen
267 wir uns dafür ein, dass der Praxistransfer aus der Forschung in die Wirtschaft in
268 Rheinland-Pfalz deutlich intensiviert wird. Dafür fordern wir die Ausweitung und
269 praxisnahe Reform der Innovationsgutscheine für kleine und mittlere
270 Unternehmen (KMU).

271 Um disruptive Innovationen zu fördern, sollen Unternehmen und Kommunen
272 zukünftig die befristete Ausnahme von landesrechtlichen Regelungen
273 beantragen können, sofern Leib und Leben dadurch nicht gefährdet werden. Im
274 Sinne einer Beweislastumkehr muss die Ablehnung einer solchen Ausnahme von
275 der Behörde stichhaltig begründet werden.

276 **17. Planen, genehmigen, bauen – schneller, günstiger, einfacher**

277 Rheinland-Pfalz braucht wieder mehr Mut zum Machen. Ob beim Wohnungsbau,
278 bei der Ausweisung von Gewerbeflächen oder beim Ausbau kritischer
279 Infrastrukturen wie Strom-, Gas- und Wasserstoffnetzen: Zu viele Vorhaben
280 scheitern heute an überzogenen Vorschriften, kleinteiliger Bürokratie und
281 langwierigen Genehmigungsverfahren.

282 Wir fordern deshalb eine tiefgreifende Entschlackung der Landesbauordnung
283 und eine grundlegende Reform der Planungs- und Genehmigungsverfahren.
284 Landesspezifischen Übererfüllungen gegenüber dem Bundesrecht – etwa im
285 Brandschutz oder bei Energieauflagen – müssen gestrichen werden.
286 Standardisierte Gebäudeformen, wie Reihenhäuser oder modulare Bauten,

287 sollen deutlich leichter genehmigt werden. Auch Abstandsflächenregelungen
288 sind zu modernisieren, um Flächen effizienter nutzbar zu machen.

289 Zugleich braucht es eine neue Genehmigungskultur: Genehmigungsprozesse
290 müssen digitalisiert, gestrafft und verbindlich terminiert werden. Statt
291 langwieriger, aufeinanderfolgender Einzelschritte müssen
292 Genehmigungsphasen parallelisiert werden. In klar definierten Fällen soll gelten:
293 Erfolgt innerhalb der gesetzten Frist keine Rückmeldung, gilt der Antrag als
294 genehmigt. So schaffen wir mehr Planbarkeit, Transparenz und Tempo – für
295 private Bauherren, Kommunen und Unternehmen.

296 Dazu soll das Verbandsklagerecht im Naturschutz deutlich eingeschränkt
297 werden. Verbände dürfen nur noch dann klagen, wenn sie eine konkrete
298 Betroffenheit nachweisen können. Die Pflicht zur
299 Umweltverträglichkeitsprüfung wird auf ein Mindestmaß reduziert.

300 **18. Öffentliche Infrastruktur retten – Ausbau massiv beschleunigen,**
301 **Strukturen modernisieren**

302 Straßen und Brücken sind die Lebensadern unseres Landes – für Wirtschaft,
303 Pendler und private Mobilität. In Rheinland-Pfalz sind viele Verkehrswege
304 marode. Besonders Brücken und Tunnel sind stark sanierungsbedürftig.
305 Genehmigungs- und Bauprozesse dauern oft Jahre. Das lähmt den
306 Wirtschaftsstandort, verzögert Bauinvestitionen und kostet Vertrauen in
307 staatliches Handeln.

308 Deshalb fordern wir, dass alle öffentlichen Bauprojekte für die nächsten 10 Jahre
309 ins “überragende öffentliche Interesse” gestellt werden und somit Vorrang vor
310 dem Natur- und Denkmalschutz genießen. Darüber hinaus soll für diese
311 Infrastrukturprojekte eine “Genehmigungsfiktion” von 6 Monaten gelten. Die

312 Genehmigung tritt automatisch nach Ablauf der Frist in Kraft, falls noch nicht
313 erfolgt.

314 Zudem braucht es strukturelle Reformen: Wir fordern den Zusammenschluss des
315 Landesbetriebs Mobilität und des Landesbetriebs Liegenschaft- und
316 Baubetreuung in einer schlagkräftigen Einheit mit einer modernen Rechtsform.

317 **19. Aufbau des Ahrtals zur Priorität machen**

318 Auch vier Jahre nach der verheerenden Flut im Ahrtal fehlt in zahlreichen
319 Gemeinden immer noch die Umsetzung vieler essenzieller Infrastrukturprojekte.
320 Die Kreis- und Verbandsgemeindeverwaltungen sind überlastet und können
321 auch durch privatwirtschaftliche Planungsbüros nicht ausreichend entlastet
322 werden. Nachdem mittlerweile alle Sonderregelungen aufgehoben wurden, ist
323 die Bürokratie der Flaschenhals beim Wiederaufbau. Die Menschen im Ahrtal
324 haben nicht ihren Mut und die Bindung zu ihrer Heimat verloren, sondern wollen
325 sie wieder aufbauen, aber es ist spürbar, dass ihnen für die bürokratischen
326 Fesseln das Verständnis fehlt.

327 Wir fordern im Bau-, Umweltschutz-, Artenschutz-, Denkmalschutz- und
328 Vergaberecht zeitlich befristete Ausnahmen zu schaffen, um die Planungen zu
329 vereinfachen. Zusätzlich wollen wir das Wiederaufbaureferat im
330 Innenministerium zur zentralen Schnittstelle der Landesverwaltung umformen.
331 Alle Verfahren bei denen Landesbehörden involviert sind laufen über dieses
332 Referat und über einheitliche Ansprechpartner, die den Kommunen vor Ort
333 abschließende Antworten zu ihren Fragen geben.

334 **20. Der Führerschein darf kein Luxusgut sein – Mobilität für alle** 335 **ermöglichen**

336 Mobilität darf keine Frage des Wohnorts oder Geldbeutels sein. Besonders im
337 ländlichen Raum ist der Führerschein oft unverzichtbar für Ausbildung, Beruf
338 und gesellschaftliche Teilhabe.

339 Wir wollen den theoretischen Fahrschulunterricht fakultativ an Berufsschulen
340 anbieten, wo dies organisatorisch möglich ist. Dies spart nicht nur Kosten,
341 sondern auch Zeit. Außerdem sollen digitale Lernformate im Theorieunterricht
342 stärker genutzt und rechtlich anerkannt werden. Auch Fahrlehrer sollen durch
343 vereinfachte Zulassungsverfahren und digitale Ausbildungsmöglichkeiten
344 unterstützt werden.

345 Ein weiteres Problem ist der Mangel an legalen und bezahlbaren
346 Übungsmöglichkeiten für Fahranfänger. Verkehrsübungsplätze sind oft nur in
347 Städten verfügbar oder mit hohen Kosten verbunden. Viele Jugendliche üben
348 deshalb illegal auf Feldwegen oder Parkplätzen – ohne Versicherungsschutz und
349 unter hohem Risiko. Dabei sind zusätzliche Übungsmöglichkeiten entscheidend:
350 Die Zahl der Durchfaller bei Theorie- und Praxisprüfungen steigt seit Jahren, was
351 zu höheren Kosten, längerer Ausbildungsdauer und psychischer Belastung führt.

352 Verkehrsübungsplätze bieten hier eine sichere, praxisnahe und
353 versicherungstechnisch abgesicherte Lösung. Für die Einrichtung solcher Plätze
354 eignen sich Flächen wie stillgelegte Flugplätze, leerstehende Güterbahnhöfe,
355 Industriegelände oder große Parkflächen, die am Wochenende genutzt werden
356 können. Um den Zugang zu solchen Übungsplätzen zu erleichtern, sollen
357 Kommunen oder Träger kostenlose Gutscheine für junge Fahranfänger
358 bereitstellen – etwa über Schulen oder Fahrschulen, beginnend ab dem 16.
359 Lebensjahr.

360 **21. Landesklimaschutzgesetz abschaffen**

361 Mit dem Landesklimaschutzgesetz will die Landesregierung die Klimaneutralität
362 in Rheinland-Pfalz schon 2040 erreichen, obwohl Bund und EU das Netto-Null-
363 Ziel erst bis zum Jahr 2045 vorsehen. Sollte Rheinland-Pfalz also frühzeitig
364 weniger emittieren, sinken die Gesamtemissionen nicht, sondern werden nur für
365 andere günstiger. Aus unserer Sicht müssen Klimaziele realistisch sein und
366 dürfen Wirtschaft und Gesellschaft nicht überfordern. Spätestens die
367 Diskussionen um das „Heizungsgesetz“ haben gezeigt, dass viele kleinteilige
368 Regelungen mit zu engen Vorschriften Bürger und Unternehmen in unserem
369 Land unnötig verunsichern.

370 Wir fordern daher die Abschaffung des Landesklimaschutzgesetzes, sodass nur
371 noch die bestehenden Vorgaben des Bundes und der EU gelten. Diese bereits
372 hohen Auflagen bedürfen keiner Übererfüllung (sog. „Gold-Plating“) durch ein
373 eigenes Landesgesetz. Wir setzen uns für einen Klimaschutz ein, der die
374 Realitäten unserer heimischen Wirtschaft und Gesellschaft in den Blick nimmt,
375 Klimaschutz, Technologieoffenheit und Wirtschaftswachstum vereint und
376 niemanden überfordert.

377 **22. Kreislaufwirtschaft voranbringen – Innovationen fördern**

378 Wir wollen unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Die Kreislaufwirtschaft ist
379 ein Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum, Rohstoffsicherheit und wirksamen
380 Klimaschutz. Während der Bund mit der Nationalen
381 Kreislaufwirtschaftsstrategie wichtige Impulse gesetzt hat, fehlt es in Rheinland-
382 Pfalz bislang an konkreter Umsetzung. Das wollen wir ändern.

383 Wir fordern, dass chemisches Recycling (Chemcycling) als gleichwertige
384 Recyclingform rechtlich anerkannt wird. Nur so können hochwertige Kunststoffe

385 und andere Wertstoffe aus Reststoffen zurückgewonnen und echte
386 Stoffkreisläufe geschlossen werden. Wir bekennen uns klar zur
387 Technologieoffenheit im Klimaschutz. Dazu gehören auch Zukunftstechnologien
388 wie Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU).
389 Wer Klimaziele ernst nimmt, darf sich innovativen Lösungen nicht verweigern,
390 sondern muss Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sie in der Praxis
391 erprobt und wirtschaftlich etabliert werden können.

392 Wir setzen uns außerdem für praxisnahe Landesförderprogramme ein, die
393 gezielt Innovationen in Unternehmen, Kommunen und Wissenschaft anreizen.
394 Besonderes Augenmerk legen wir auf das Recycling von Windkraftanlagen,
395 Solarmodulen und Batteriespeichern – denn der grüne Umbau gelingt nur mit
396 funktionierenden Stoffkreisläufen.

397 **23. Flächenversiegelung bremsen und Lebensräume erhalten**

398 Der Flächenverbrauch in Deutschland nimmt weiterhin zu – mit gravierenden
399 Folgen für Klima, Biodiversität und landwirtschaftliche Nutzflächen. Es ist
400 höchste Zeit, den Umgang mit Boden als kostbare Ressource zu verändern. Wir
401 fordern eine klare Priorisierung, um bestehende Siedlungs- und Gewerbeflächen
402 effizienter zu nutzen. Versiegelte Flächen wie Autobahnen, Parkplätze und
403 Lärmschutzwände müssen konsequent für Photovoltaik genutzt werden, um
404 gleichzeitig die Energiewende voranzubringen. Außerdem setzen wir uns für die
405 Förderung von Flächenrecycling ein – also die Wieder- und Umnutzung bereits
406 versiegelter Areale.

407 Flächenschutz bedeutet gleichzeitig auch Artenschutz. Biotopie müssen
408 konsequent geschützt und Biotopverbände gezielt gefördert werden, damit
409 Lebensräume vernetzt werden können. Ein weiterer Schwerpunkt ist der

410 Gewässerschutz, denn saubere Flüsse und Seen sind essentiell für viele Arten.
411 Die Landwirtschaft soll durch gezielte Beratung und finanzielle Unterstützung
412 beim Artenschutz eingebunden werden.

413 **24. Polizeiberuf attraktiver machen – Gehälter anheben**

414 Unsere Polizisten leisten jeden Tag eine besondere Arbeit – sei es bei der
415 Aufklärung und der Prävention von Straftaten oder beim Schutz von
416 Großveranstaltungen. In der Ausübung ihrer Arbeit geraten sie nicht selten selbst
417 in Gefahr und müssen enorme psychische und teils physische Belastungen
418 aushalten. Trotzdem hinkt Rheinland-Pfalz bei der Besoldung unserer Polizei
419 hinterher. Unser Land darf nicht länger eines der Schlusslichter sein, wenn es um
420 die Wertschätzung und Wettbewerbsfähigkeit der Polizei geht.

421 Der Unterschied ist konkret spürbar: Insbesondere in Nordrhein-Westfalen und
422 Baden-Württemberg verdienen Polizisten nach dem Studium mehr als in
423 Rheinland-Pfalz. Die Gründe hierfür sind vielfältig, liegen teils in einer
424 ruhegehaltstfähigen Zulage oder gar einer grundsätzlich höheren
425 Besoldungsgruppe. Dies führt zur Abwanderung junger, gut ausgebildeter
426 rheinland-pfälzischer Polizeikräfte in besser zahlende Länder. In Zeiten von
427 steigendem Sicherheitsbedarf und wachsendem Fachkräftemangel muss klar
428 sein: Wer Sicherheit will, muss Sicherheit auch wertschätzen – und zwar
429 finanziell. Deshalb fordern wir eine deutliche Erhöhung der Polizeibesoldung in
430 Rheinland-Pfalz.

431 **25. Polizei entlasten – Vollzugsdienst zur Kommunalpolizei** 432 **weiterentwickeln**

433 Die Polizei in Rheinland-Pfalz ist überlastet: Verschiedene Statistiken zeigen,
434 dass die Anzahl der Überstunden der Beamten bei knapp zwei Millionen liegt.

435 Diese hohe Belastung führt zu steigenden Krankheitszahlen unter den Beamten.
436 Ein Teil der Überlastung resultiert daraus, dass die Polizei immer häufiger auch
437 in Situationen gerufen wird, die nicht in ihr Aufgabengebiet fallen. Zudem zählen
438 zu den Aufgaben der Polizei auch Aspekte, die nicht zwangsläufig von speziell
439 ausgebildeten Beamten übernommen werden müssen. Hierunter fällt
440 beispielsweise die Kontrolle des ruhenden Verkehrs, die Überwachung
441 kommunaler Satzungen sowie die Überbringung psychisch erkrankter Menschen
442 in entsprechende Einrichtungen.

443 Diese Tätigkeiten können effektiv von gut ausgebildeten Mitarbeitern des
444 kommunalen Vollzugsdienstes (KVD) übernommen werden. Allerdings ist dieser
445 in vielen Kommunen bislang personell und strukturell nicht hinreichend
446 ausgestattet, um die Aufgaben flächendeckend zu übernehmen. Wir wollen den
447 kommunalen Vollzugsdienst nach hessischem Vorbild zu kommunalen
448 Polizeieinheiten weiterentwickeln, entsprechend besser ausstatten und ihm
449 zusätzliche Befugnisse bei der Unterstützung der Polizei geben. Neben der
450 Entlastung der Polizei versprechen wir uns eine Steigerung des subjektiven
451 Sicherheitsempfindens durch höhere Polizeipräsenz in Städten und Gemeinden.
452 Dies setzt weitere Ressourcen zur Schulung und Ausbildung des KVD/der
453 kommunalen Polizei voraus. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit von
454 Polizei und KVD/Polizei intensiviert werden.

455 **26. Rettungskräfte und Polizei besser schützen – Bodycam-Offensive**

456 Egal welche Katastrophenlage – die Rettungsdienste und Polizisten in Rheinland-
457 Pfalz leisten jeden Tag eine lebenswichtige Arbeit. Dies nicht selten unter
458 gefährlichen Bedingungen. Immer häufiger sehen sich Einsatzkräfte,
459 insbesondere die Rettungsdienste und Polizisten, mit Respektlosigkeit,
460 Behinderungen und sogar tätlichen Angriffen konfrontiert. Allein im Jahr 2023

461 wurden bundesweit über 3.000 Angriffe auf Einsatzkräfte registriert. Die
462 Dunkelziffer dürfte jedoch noch deutlich höher liegen. Die Polizeikräfte verfügen
463 zwar mittlerweile über Bodycams, müssen diese aber im Einsatzfall erst
464 einschalten. In Krisensituationen, in denen kaum Zeit zur Reaktion bleibt, kann
465 dies nicht immer rechtzeitig erfolgen.

466 Deshalb fordern wir die Ausstattung der Rettungsdienste mit Bodycams und die
467 dauerhafte Aufzeichnung, auch für die Polizei. Wer anderen in Notsituationen
468 zur Hilfe kommt, muss sich auf den Rechtsstaat verlassen können.

469 **27.Mehr Sicherheit für die Bürger – Sicherheitsversprechen für** 470 **Rheinland-Pfalz**

471 Sicherheit ist für uns keine bloße Floskel. Wir wollen, dass alle Menschen in
472 Rheinland-Pfalz – unabhängig von Alter oder Herkunft – sich jederzeit sicher
473 fühlen können.

474 Unser Ziel ist es, die Zahl der Straftaten nachhaltig zu senken und eine
475 Aufklärungsquote von mindestens 70 % zu erreichen. Um dies zu schaffen,
476 setzen wir auf eine verstärkte Kriminalitätsprävention im öffentlichen Raum
477 durch eine Ausweitung der Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten,
478 bessere Beleuchtung öffentlicher Plätze und eine erhöhte Polizeipräsenz vor Ort.

479 Zur frühzeitigen Erkennung von Gefahrenlagen und Straftaten wollen wir
480 rechtliche Grundlagen für den Einsatz von Drohnen sowie KI-gestützter Analyse-
481 Software schaffen. So können verdächtige Verhaltensmuster automatisiert
482 erkannt und Sicherheitskräfte gezielt eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen
483 wir die rechtlichen Möglichkeiten des Präventivgewahrsams ausweiten. Die
484 Dauer der richterlich angeordneten Ingewahrsamnahme soll künftig auf bis zu
485 vier Wochen erweitert werden, um potenzielle Gefahren abzuwehren.

486 **28. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Brand- und Katastrophen-**
487 **schutz**

488 Rheinland-Pfalz ist ein Grenzland – effektiver Brand- und Katastrophenschutz
489 endet deshalb nicht an Staatsgrenzen. Doch diese Strukturen stoßen zunehmend
490 an ihre Leistungsfähigkeit: rechtliche Unsicherheiten, unklare Zuständigkeiten
491 und technische Hürden erschweren schnelle, koordinierte Hilfe.

492 Die operative Realität zeigt, dass bisherige Strukturen häufig nicht ausreichen,
493 um im Einsatzfall direkt auf Ressourcen jenseits der Grenze zugreifen zu können.
494 Lokale Initiativen und pragmatische Kooperationen sind wertvoll, können aber
495 ohne verlässliche rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen keine
496 dauerhafte Lösung sein.

497 Wir setzen uns dafür ein, bestehende Strukturen zu überprüfen und die
498 grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Brand- und Katastrophenschutz
499 konsequent weiterzuentwickeln. Ziel ist ein handlungsfähiges, klar geregeltes
500 System, das schnelle Hilfe im Grenzraum auch unterhalb der
501 Katastropheneinstufung ermöglicht – unabhängig von Verwaltungsgrenzen.
502 Denn gerade in grenznahen Regionen darf der Schutz der Bevölkerung nicht an
503 Zuständigkeitsfragen scheitern.

504 Ein weiteres Hemmnis liegt in der fehlenden gegenseitigen Anerkennung von
505 Aus- und Fortbildungen. Aktuell müssen Qualifikationen doppelt erworben
506 werden, was das grenzüberschreitende Engagement erschwert. Auch hierzu
507 müssen tragfähige Strukturen geschaffen werden.

508 **29. Eigenständiges Ministerium für Digitalisierung und Staats-**
509 **modernisierung einrichten**

510 Die Digitalisierung und die digitale Transformation der Verwaltung in Rheinland-
511 Pfalz tritt auf der Stelle. Trotz „Transformationsministerium“ verharret das Land
512 seit Jahren auf den hinteren Plätzen im Ländervergleich. In Rheinland-Pfalz
513 beschäftigt sich lediglich eine Abteilung mit Aufgaben, die in anderen Ländern
514 und dem Bund in eigenständigen Ministerien wahrgenommen wird. Dabei ist die
515 erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung die Grundlage für einen modernen,
516 effizienten und effektiven Staat.

517 Deshalb fordern wir die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums für
518 Digitalisierung und Staatsmodernisierung in Rheinland-Pfalz, das über
519 umfassende Steuerungs- sowie Controlling-Kompetenzen verfügt und die
520 Digitalisierung sowie die Verwaltungsmodernisierung unseres Landes
521 entschlossen vorantreibt. Dazu gehört ein eigener Einzelplan, ein eigenständiges
522 Digitalbudget sowie eine deutliche personelle Stärkung – durch die Bündelung
523 bereits bestehender Ressourcen, nicht durch zusätzlichen Personalaufwuchs.
524 Damit die umfassenden Aufgaben adäquat umgesetzt werden können, müssen
525 mindestens vier Fachabteilungen für Digitale Verwaltung, Digitalwirtschaft,
526 Daten- und Digitalpolitik sowie Staatsmodernisierung eingerichtet werden.

527 **30. Verlegung von Landesbehörden in den ländlichen Raum**

528 Auch in Rheinland-Pfalz ziehen immer mehr Menschen aus den ländlichen
529 Regionen in Ballungsräume und Städte. Dieser Trend ist neben vielen weiteren
530 Faktoren nicht zuletzt auch durch den Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze durch
531 Strukturwandel und Konversion zu begründen. Als Folge steigen in den Städten
532 und Ballungsräumen Mieten und Immobilienpreise, womit sich immer mehr
533 soziale Probleme entwickeln. In den ländlichen Räumen steigt der Leerstand und
534 der demografische Wandel verschärft sich regional spürbar, weil vor allem junge
535 Menschen anspruchsvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze in den Städten suchen.

536 Wir fordern daher die gezielte Verlagerung von Landesbehörden in ländliche
537 Regionen. Damit kann nicht nur der Immobilienmarkt in den Städten entlastet
538 und der Strukturwandel auf dem Land aktiv gestaltet werden, sondern das Land
539 profitiert auch finanziell durch die Nutzung kostengünstigerer Standorte.

540 **31. Kommunen mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten**

541 Starke Kommunen sind das Fundament eines funktionierenden Landes. Doch
542 viele Kommunen in Rheinland-Pfalz stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand,
543 da zwar immer mehr Standards und Aufgaben hinzu kommen, aber nicht die
544 dafür notwendigen finanziellen Mittel folgen. Letztlich wird den Kommunen
545 jeglicher Handlungsspielraum für Investitionen in Schulen, Schwimmbäder oder
546 Spielplätze entzogen. Das führt zu Frust. Der Frust bei den Ratsmitgliedern geht
547 so weit, dass Räte aus Protest geschlossen zurücktreten, wie z.B. in Freisbach
548 geschehen.

549 Wir setzen uns daher für eine grundlegende Reform des kommunalen
550 Finanzausgleichs ein. Wir brauchen eine faire Verteilung der Mittel, die die
551 tatsächlichen Finanzbedarfe der Kommunen berücksichtigt. Die Mittelverteilung
552 muss sich an nachvollziehbaren Kriterien orientieren, wie etwa an der sozialen
553 Belastung, dem Sanierungsstau öffentlicher Einrichtungen und demografischen
554 Entwicklungen. Statt die Finanzierung substantiell zu verbessern, legt das Land
555 immer mehr Förderprogramme auf, die an den realen Bedarfen vorbei fördern
556 und den Ehrenamtlern sowie den Verwaltungen zusätzliche Bürokratie auflasten.
557 Dazu versucht das Land die Kommunen mit einem befristeten Geldsegen, quasi
558 als Beruhigungspille, vor Wahlen ruhigzustellen. Für uns steht fest: Wir brauchen
559 eine Strukturreform.

560 Wir wollen die Landesmittel, die in den Kommunalen Finanzausgleich fließen,
561 deutlich erhöhen. Gleichzeitig werden die Förderprogramme des Landes für
562 Kommunen massiv reduziert und in maximal drei Programme pro Jahr
563 zusammengefasst. Damit soll die übergriffige Einmischung des Landes in die
564 Schwerpunktsetzung der Kommunen beschnitten werden und mehr Geld in der
565 Verantwortung der Kommunen stehen.

566 **32. Traum vom Eigenheim erfüllen – Neue “MeinEigenheim”-Prämie und**
567 **bessere Wohnraumförderung**

568 Die eigenen vier Wände sind für viele Familien ein Lebenstraum – und zugleich
569 ein wichtiger Beitrag zur Altersvorsorge. Doch steigende Baukosten, Zinsen und
570 laufende Abgaben, wie die Grundsteuer, machen den Traum vom Eigenheim
571 zunehmend unerschwinglich. Besonders junge Familien mit Kindern geraten
572 unter hohen Auflagen, Bau- und Zinskosten unter enormen finanziellen Druck.

573 Wir wollen den Menschen in Rheinland-Pfalz den Traum vom Eigenheim erfüllen
574 und fordern dafür eine neue “MeinEigenheim”-Prämie für den Erwerb oder
575 Neubau der ersten selbstgenutzten Wohnimmobilie. Jeder Erwerber (max. zwei
576 Personen) erhält 5.000 Euro Zuschuss plus jeweils 10.000 Euro pro Kind unter 18
577 Jahren. Bei einer vierköpfigen Familie ergibt sich damit eine Fördersumme von
578 30.000 Euro.

579 Darüber hinaus setzen wir uns für eine Reform des
580 Landeswohnraumförderungsgesetzes (LWoFG) ein. Aktuell profitieren nur
581 Haushalte, deren Einkommen die Einkommensgrenze des § 13 Abs. 2 LWoFG um
582 nicht mehr als 60 % überschreitet, von Förderprogrammen wie dem ISB-
583 Darlehen Wohneigentum. Wir fordern, die Einkommensgrenze auf 100 % des
584 durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens anzuheben.

585 **33. Reform der Zweitwohnungssteuer**

586 Ursprünglich in kleinen Ferienorten eingeführt, sollte die Zweitwohnungssteuer
587 Inhaber einer Ferienwohnung an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur
588 beteiligen. Mittlerweile wird sie aber vor allem von großen Städten eingesetzt.
589 Zumeist führt die Steuer durch den aus ihr entstehenden Verwaltungsaufwand
590 nicht zu mehr Geld in der Stadtkasse, sondern dient nur dazu, Menschen dazu zu
591 bewegen, ihren Erstwohnsitz zu verlagern. Durch die Ausnahme von
592 Verheirateten nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts trifft die Steuer
593 fast ausschließlich junge Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in ihrer Heimat
594 behalten wollen.

595 Wir fordern deshalb eine Novelle des Kommunalabgabengesetzes, worin eine
596 Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer für Auszubildende und Studierende
597 ausgeschlossen wird.

598 **34. Ehrenamt unterstützen – mit mehr als nur warmen Worten**

599 Ehrenamtlich Engagierte leisten Tag für Tag einen unschätzbaren Beitrag für
600 unsere Gesellschaft – sei es in sozialen Einrichtungen, in der Kultur, im
601 Katastrophenschutz oder ganz besonders auch in unseren Sportvereinen. Gerade
602 der organisierte Sport ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen
603 Zusammenhalts und der Integration – doch auch hier geraten viele Strukturen
604 zunehmend unter Druck. Komplizierte Förderanträge, aufwendige
605 Berichtspflichten, unklare Zuständigkeiten und wachsende Bürokratie machen
606 das Engagement unnötig schwer – insbesondere für kleinere Vereine.
607 Sportvereine, die oft fast ausschließlich ehrenamtlich getragen werden, sind
608 davon besonders betroffen. Immer weniger Menschen sind bereit,
609 Verantwortung im Vorstand zu übernehmen, nicht aus Mangel an Motivation,

610 sondern aufgrund der Überforderung durch die bürokratischen Hürden. Das
611 Land muss gegensteuern. Unsere klare Forderung: Jedes Förderprogramm muss
612 so gestaltet sein, dass es an einem einzigen Abend ausgefüllt und beantragt
613 werden kann. Dazu braucht es eine konsequente Entbürokratisierung,
614 verständlichere Formulare, schlankere Prozesse und eine vollständige
615 Digitalisierung der Abläufe.

616 Wir sagen klar: Wer das Ehrenamt im sozialen Bereich, im Katastrophenschutz
617 oder im Sportverein stärken will, muss es konkret entlasten. Die Landespolitik ist
618 gefordert, endlich die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit
619 Engagement nicht durch Bürokratie erstickt wird, sondern wieder Freude macht.

620 **35. Landesweiten Kulturpass einführen**

621 Kultur ist mehr als Unterhaltung – sie ist Bildung, Teilhabe und ein Raum für
622 persönliche und gesellschaftliche Entwicklung. Frankreich zeigt, wie eine
623 moderne Kulturpolitik aussehen kann: Junge Menschen unter 26 Jahren erhalten
624 freien Eintritt in staatliche Museen und Denkmäler. Zusätzlich stellt der Staat
625 jedem 18-Jährigen einen Kulturpass im Wert von 300 Euro zur Verfügung,
626 einlösbar für Bücher, Theater, Kino oder Musik. Damit wird kulturelle Teilhabe
627 gefördert – unabhängig von Einkommen oder Herkunft.

628 In Rheinland-Pfalz zeigt sich ein anderes Bild: Wer sich Eintrittspreise nicht
629 leisten kann, bleibt außen vor. Gerade junge Menschen brauchen jedoch
630 niedrigschwellige Wege zur Kultur, nicht nur in den Städten, sondern auch in
631 ländlichen Regionen.

632 Ein Kulturpass nach französischem Vorbild würde junge Menschen ermutigen,
633 kulturelle Angebote zu nutzen, neue Interessen zu entdecken und sich aktiv mit

634 ihrer Lebenswelt auseinanderzusetzen. Gleichzeitig würde er die kulturelle
635 Infrastruktur im Land beleben und langfristig sichern.

636 Wir fordern einen landesweiten Kulturpass für alle jungen Menschen
637 einzuführen – als Investition in Bildung, Teilhabe und die Zukunft unserer
638 Gesellschaft.